



HESSEN

Hessisches Ministerium für Arbeit,
Integration, Jugend und Soziales

PRESSEINFORMATION

Wiesbaden, 23. April 2026

„RASSISMUS ALS NEGATIVEN STANDORTFAKTOR ERNST NEHMEN – FACH- UND ARBEITSKRÄFTE SCHÜTZEN“

Studien belegen, dass Rassismus und Diskriminierung dringend benötigte Fachkräfte abschrecken – die IntMK will deshalb gemeinsam mit dem Bund eine Strategie für den Arbeitsmarkt entwickeln

Studien zufolge schrecken Rassismus und rechte Tendenzen in Politik und Gesellschaft ausländische Fachkräfte ab – und führen zu Abwanderung oder dazu, dass sich Menschen gegen Deutschland als Arbeitsort entscheiden. Die Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren (IntMK) hat die Bundesregierung deshalb nun im Rahmen ihrer Hauptkonferenz in Essen auf Antrag Hessens aufgefordert, eine Antirassismus-Strategie für den Arbeitsmarkt zu entwickeln. Daran sollen dem mit großer Mehrheit erfolgten Beschluss zufolge Länder, Kommunen, Wirtschaft, Gewerkschaften, Migrant*innenorganisationen, die Bundesagentur für Arbeit, Wissenschaft und Zivilgesellschaft beteiligt werden.

„Meine Länderkolleginnen und -kollegen und ich haben mit Sorge die aktuellen Erkenntnisse registriert, die zeigen, dass zunehmender Rassismus und Diskriminierung der Attraktivität Deutschlands als Ziel für Fach- und Arbeitskräfte massiv schaden. Ein großer Teil zugewandener Fachkräfte überlegt, Deutschland zu verlassen – das hat nicht nur Folgen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt, sondern für den gesellschaftlichen Zusammenhalt“, führte Hessens Sozialministerin Heike Hofmann aus: „Deshalb haben wir uns hier in Essen klar dazu bekannt, Rassismus und struktureller Diskriminierung im Umfeld des Arbeitsmarkts konsequent entgegenzuwirken – und wir fordern den Bund auf, uns dabei zu unterstützen.“

Die zu entwickelnde Strategie soll aus Sicht der Länder die systematische Prävention und Bekämpfung von strukturellem Rassismus behandeln und dabei Arbeitsmarktintegration und Antirassismus als gemeinsames Handlungsfeld begreifen. Auch sollten dabei die Perspektiven Betroffener einbezogen und bestehende Maßnahmen weiterentwickelt werden, heißt es im Beschluss der IntMK weiter. Zudem erwarte man eine frühzeitige und substanzielle Beteiligung an der



HESSEN

geplanten Weiterentwicklung des „Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus“ und die Möglichkeit, hier Erfahrungen und Bedarfe einbringen zu können, so die Länder.

„Der demografische Wandel und seine Folgen für Arbeitsmarkt und soziale Sicherungssysteme sind seit vielen Jahren bekannt. Allein Hessen benötigt bis 2030 rund 240.000 Fach- und darüber hinaus etliche zusätzliche Arbeitskräfte. Expertinnen und Experten gehen davon aus, dass Deutschland dauerhaft eine Nettozuwanderung von rund 400.000 Personen pro Jahr benötigt, um den Arbeitsmarkt zu stabilisieren – und um auch perspektivisch den Wohlstand unserer Gesellschaft sichern zu können. Wir sind auf gezielte und verlässliche Zuwanderung angewiesen. Wir müssen deshalb handeln und als Gesellschaft erkennen, welchen Schaden Diskriminierung und Rassismus in unserem Land und für unser Land anrichten“, so Ministerin Hofmann weiter.

Hintergrund:

Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) aus dem Jahr 2025 dokumentiert, dass 26 Prozent der Eingewanderten darüber nachdenken, Deutschland zu verlassen. Hochgerechnet betrifft das etwa 2,6 Millionen Menschen, von denen rund 300.000 angeben, bereits konkrete Auswanderungspläne zu schmieden. Diskriminierungserfahrungen erhöhen diese Abwanderungstendenzen signifikant. Besonders ausgeprägt ist das bei Menschen mit gesicherter Aufenthaltsperspektive, die langfristig in Deutschland leben und arbeiten könnten.

Statistisches Bundesamt: 16. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (2025)

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: "Bleiben oder Gehen? Auswanderungsneigung Zugewanderter" (2025)

Friedrich-Ebert-Stiftung: „Abwanderung aus und Rückwanderung nach Deutschland“ – Auf Wiedersehen? (2024)

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Monitoring zur Bildungs- und Erwerbsmigration – Jahresbericht 2024

Hessisches Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales

Pressestelle

Tel.: (0611) 3219 3909
(0611) 32719 46669

presse@hsm.hessen.de
www.soziales.hessen.de